



Afghanistan zwischen Zerstörung und Aufbruch

Situation und Perspektiven nach dem Fall der
Taliban

Dokumentation

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker • Waisenhausplatz 21 • CH-3011 Bern
Tel.: 031 311 90 08 • Fax: 031 312 66 62 • E-Mail: info@gfbv.ch
Internet: www.gfbv.ch • PC 30-27759-7

Inhaltsverzeichnis

1 Historischer Überblick	3
2 Die politische Situation	5
2.1 Ausgangslage	5
2.2 Die Bonner Gespräche	5
2.3 Aktuelle Situation	6
2.3.1 Machtverhältnisse	6
2.3.2 Sicherheitslage	7
2.3.3 Übergriffe auf die paschtunische Bevölkerung	9
3 Die humanitäre Situation	9
3.1 Ausgangslage	9
3.2 Nahrungsmittelversorgung	10
3.3 Gesundheitswesen	10
3.4 Behinderung der humanitären Hilfe	11
3.5 Flüchtlinge	11
4 Wiederaufbaubemühungen	12
4.1 Ausgangslage	12
4.2 Internationale Wiederaufbaukonferenz in Tokio	12
4.3 Aktuelle Situation	12
5 Zusammenfassung	13
6 Folgerungen	15
Anmerkungen und Impressum	16

1 Historischer Überblick

Seit der Gründung des Staates Afghanistan im Jahr 1747 ist seine Geschichte von Konflikten geprägt worden. Als Spielball der Grossmächte und unter dem Einfluss der umliegenden Regionalmächte kam es immer wieder zu Krieg und Auseinandersetzungen.

In der jüngsten Geschichte lassen sich vier Phasen erkennen: Erstens die Okkupation Afghanistans durch die Sowjetunion, zweitens der interne Machtkampf nach Rückzug der Kommunisten und drittens die Herrschaft der Taliban. Die vierte und bisher letzte Phase begann durch die US-Militäroffensive im Oktober 2001, in deren Folge das Taliban-Regime gestürzt wurde.

Okkupation Afghanistans durch die Sowjetunion

Im Jahre 1964 kam es zur Gründung der kommunistischen Partei "Demokratische Volkspartei Afghanistans". Mit einem Putsch übernahm sie 1978 die Macht. Oppositionelle Gruppen wurden daraufhin radikal unterdrückt. Es kam zu Aufständen im ganzen Land. Eine instabile Lage in Afghanistan hätte die Südgrenze der Sowjetunion bedroht. Aus diesem Grund marschierten 1979 Tausende Sowjetsoldaten in Kabul ein. Es formierte sich eine Widerstandsbewegung, deren Kämpfer (Mudschaheddin) sich gegen die Sowjets und gegen die kommunistische Regierung zur Wehr setzten. Islamistische Organisationen, hauptsächlich aus Pakistan, Iran und Saudi-Arabien, wurden zur Hauptunterstützung der Mudschaheddin-Gruppen. Aber auch die USA beteiligten sich am Kampf gegen den Kommunismus. Die US-Hilfe wurde vor allem über Pakistan abgewickelt. Trotz der Stationierung von zeitweise bis zu 100'000 Sowjetsoldaten in Afghanistan konnte der Widerstand in der Zeit von 1980 bis 1986 nicht gebrochen werden. 1987 kam es zum Abschluss der Genfer Gespräche welche einen Abzug der Sowjettruppen vorsahen. Die letzten Soldaten verliessen Afghanistan im Februar 1989.

Interner Kampf um die Macht - Bürgerkrieg

Die kommunistische Partei konnte sich zwar durch grosse sowjetische Hilfe noch eine Weile an der Macht halten, aber es traten vermehrt lokale Gruppen stärker in Erscheinung. Im April 1992 marschierten die Mudschaheddin in Kabul ein und stürzten die Regierung. Es entbrannte daraufhin ein Machtkampf unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen bzw. Mudschaheddin-Fraktionen. Die folgenden Jahre waren gezeichnet von politischer Anarchie und Bürgerkrieg. Das Land war bald aufgeteilt unter den verschiedenen Fraktionen, und die früheren Mudschaheddin etablierten sich als Kriegsherren. Ermordungen, Plünderungen, Vergewaltigungen versetzten die Zivilbevölkerung in Angst und Schrecken. Auch humanitäre Organisationen wurden häufig ihrer Einrichtungen und Fahrzeuge beraubt. Ihre Mitarbeiter waren Drohungen ausgesetzt.

Die Taliban-Ära

Vor diesem Hintergrund der Rechtlosigkeit und Unsicherheit muss der Erfolg der Taliban (übersetzt: Studenten) gesehen werden. Sie traten das erste Mal im August 1994 in Erscheinung, als sie einen pakistanischen Militärkonvoi befreiten, der auf dem Weg zwischen Kandahar und Herat von einem lokalen Befehlshaber angegriffen wurde. Es folgten weitere Angriffe gegen Befehlshaber, wodurch sie die Aufmerksamkeit und Unterstützung des Auslands erhielten. Die Taliban eroberten immer mehr Gebiete und konnten 1996 auch Kabul einnehmen. Bis 2001 kontrollierten sie 90-95 Prozent des Landes.

Angeführt wurden die Taliban von Mohammed Omar, einem Mullah aus der Stadt Kandahar und Gründer einer lokalen Madrasa (Koranschule). Er war in Pakistan ausgebildet worden und stand während jener Zeit auch in den Diensten des pakistanischen Geheimdienstes ISI. Den Kern seiner Gefolgschaft bildeten Schüler aus Madrasas Afghanistans und Pakistans. Neben der religiösen Unterweisung stand auf dem Lehrplan dieser Schulen – vor dem Hintergrund der sowjetischen Besetzung – auch eine militärische Grundausbildung. Auch ehemalige Mudschaheddin schlossen sich den Taliban an, übernahmen allerdings den rigiden Islamismus der Madrasas nicht. Eine weitere Gruppe von Taliban-Anhängern rekrutierte sich aus Söldnern und pakistanischen Freiwilligen.

Das vorrangige Ziel der Taliban war die Etablierung eines islamischen Staates sunnitischer Ausrichtung. Dadurch sollten Recht und Ordnung wiederhergestellt und das Land befriedet werden. Die Taliban führten die Scharia, das islamische Rechtssystem, ein. Ausserdem versprachen sie eine demokratische Staatsordnung und die Rückkehr von König Zahir Shah aus dem Exil. Sie begannen damit, Waffen einzusammeln und die Strassen zu sichern. Die anfänglichen Sympathien der Bevölkerung schwanden aber, als klar wurde, mit welcher Radikalität die Taliban ihre Massnahmen umsetzten. Zur Abschreckung wurden Wegelagerer aufgehängt, Dieben wurden Hände und Füsse abgehackt, und Frauen wurden zunehmend aus dem öffentlichen Leben verdrängt. Insbesondere die Liste der begangenen Menschenrechtsverletzungen an Frauen ist lang. Sie durften ohne Begleitung eines männlichen Verwandten das Haus nicht verlassen. Sie mussten in der Öffentlichkeit einen sowohl Körper als auch Gesicht umhüllenden Umhang (burqha) tragen. Es war ihnen verboten, einen Beruf auszuüben, mit wenigen Ausnahmen im Gesundheitssektor. Mädchen durften nach Abschluss der Primarschule keine weitere Ausbildung erhalten. Bei Verstössen gegen diese Vorschriften liefen die Frauen Gefahr, öffentlich geschlagen zu werden. Die Religionspolizei kontrollierte die strengen Sitten und war auch befugt, ohne vorheriges Gerichtsverfahren Bestrafungen selber durchzuführen. Zu diesem Zeitpunkt wurde klar, dass die Taliban ihre Versprechen nicht einhalten wollten und keineswegs daran dachten, demokratische Strukturen einzuführen. Die meisten Länder stoppten daraufhin ihre Unterstützung. Lediglich Pakistan, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate anerkannten die Taliban als rechtmässige Regierung Afghanistans.

Als Widerstand gegen die Taliban formierte sich die “Nationale islamische Einheitsfront zur Befreiung Afghanistans” (auch Nordallianz genannt). Sie ist ein militärisches Zweckbündnis, welches Ende 1996 gegründet wurde. Ihr Operationsgebiet lag zur Zeit der Taliban im Norden, in Teilen des Zentralmassivs und im Nordosten Afghanistans. Das heterogene Bündnis setzt sich aus sieben Parteien zusammen, die deutliche ethnische und religiöse Unterschiede aufweisen und sich im Wesentlichen aus den Minderheiten des Landes rekrutieren. Die Anführer sind Kriegsherren und Befehlshaber, die sich während des Bürgerkriegs gegenseitig bekämpft haben und für zahlreiche Verbrechen an der zivilen Bevölkerung verantwortlich sind. Dominiert haben in dieser Gruppierung die Tadschiken unter der Führung von Kommandant Ahmad Shah Masud, der am 9. September 2001 ermordet wurde. Die Nordallianz konnte den Vormarsch der Taliban nicht stoppen und wurde von diesen immer weiter nach Norden zurückgedrängt.

Beginn der US-Offensive und Sturz der Taliban

Die Zurückhaltung des Westens gegenüber dem Regime der Taliban wendete sich nach den Anschlägen auf das World Trade Center vom 11. September 2001. Als Drahtzieher hinter diesen Terrorakten wird Osama Bin Laden vermutet, ein aus Saudi-Arabien stammender Extremist, der bereits für verschiedene andere anti-westliche Anschläge verantwortlich gemacht

wird. Er hatte sein Netzwerk in Afghanistan aufgebaut und fungierte dort auch als Berater der Taliban in Auslandsfragen. Nachdem sich die Taliban weigerten, Osama bin Laden auszuliefern, begannen die USA am 7. Oktober 2001 mit der Bombardierung von Stellungen von Bin Ladens Terroristennetzwerk "Al Kaida". Die USA gaben als offizielle Ziele die Bekämpfung des Terrorismus, d.h. die Zerstörung des Terroristennetzwerks in Afghanistan, und die Verhaftung von Osama bin Laden an. Zudem sollte den Taliban verdeutlicht werden, dass kein Land Terroristen Schutz bieten dürfe.

Die Bombardierungen hatten auch auf die innenpolitische Lage schwerwiegende Auswirkungen. Mit der Unterstützung der amerikanischen Luftangriffe gelang es der Nordallianz am 9. November 2001, die Stadt Mazar-i-Sharif zurückzuerobern. Darauf folgte rasch die Einnahme der Hauptstadt Kabul und verschiedener Provinzhauptstädte. Die Taliban-Hochburg Kandahar, im Süden des Landes, fiel Anfang Dezember 2001. Dies bedeutete das militärische und politische Ende der Taliban-Regentschaft. Die Zivilbevölkerung wurde von den Kämpfen stark in Mitleidenschaft gezogen. Neben der humanitären Krise, die sich in dieser Zeit noch verschärfte, gab es auch direkte Opfer von Bombardierungen, von nicht-explodierten Sprengkörpern und von Kämpfen zwischen der Nordallianz und den Taliban. Der Einsatz der US-Streitkräfte und ihrer Verbündeten geht bis zum heutigen Tag weiter. Es werden die noch verbliebenen Mitglieder des Al Kaida-Netzwerkes und der Taliban, die sich im Gebirge verschanzt haben, verfolgt.

2 Die politische Situation

2.1 Ausgangslage

Mit dem Zusammenbruch des Taliban-Regimes kam die Befürchtung auf, dass dieselben Befehlshaber, welche in den Kämpfen zwischen 1992 und 1996 unter anderem für die Zerstörung von Kabul verantwortlich waren, wieder an die Macht gelangen könnten. Viele Kriegsherren der Nordallianz, die im Kampf gegen die Taliban vom Ausland unterstützt wurden, haben selbst gravierende Menschenrechtsverletzungen verübt und internationales humanitäres Recht ignoriert. Zudem repräsentiert die Nordallianz nicht die gesamte Bevölkerung des Landes. Afghanistan ist ein Vielvölkerstaat und vereinigt verschiedene Ethnien, Sprachen und Religionen. Die zahlenmässig grössten Gruppen sind Paschtunen, Tadschiken, Uskeben, Hazara, Aimaken, Balucher, Turkmenen, Nuristaner und Kirgisen. Der Norden und Westen Afghanistans weist eine stark multiethnische Besiedlung auf, während das zentrale Hochland und der Osten und Süden des Landes vorwiegend ethnisch homogen besiedelt sind. Trotz dieser Einteilung in Ethnien bleibt zu erwähnen, dass sich die Afghaninnen und Afghanen vor allem an ihre Familie, an ihren Stammesverband gebunden fühlen und sich weniger an regionalen oder gar nationalen Kontexten orientieren. Die internationale Gemeinschaft versuchte deshalb früh, Verhandlungen zwischen den verschiedenen afghanischen Fraktionen zu initiieren, um die Neuausrichtung des Staates nach dem Fall der Taliban zu planen.

2.2 Die Bonner Gespräche

Anfang Dezember 2001 fanden in Bonn erste Gespräche zwischen afghanischen und internationalen Vertretern statt. Die Verhandlungen führten am 5. Dezember 2001 zu einem Abkommen über das weitere Vorgehen in den folgenden Jahren.¹

Am 22. Dezember 2001 übernahm eine Interimsautorität unter der Leitung von Hamid Karzai die Führung des Landes für einen Zeitraum von sechs Monaten. Zur gleichen Zeit wurde auch eine Kommission bestellt, deren Aufgabe es ist, eine ausserordentliche Ratsversammlung (Loya Jirga) zu bilden. Sie wird deren Mitglieder auswählen und dabei darauf achten, dass die verschiedenen Ethnien angemessen vertreten sind wie auch Frauen, Mitglieder der nomadischen Bevölkerung, Flüchtlinge in Iran und Pakistan und ausgewanderte Afghanen. Diese Kommission begann ihre Arbeit am 25. Januar 2002 und hat für ihre Aufgaben fünf Monate Zeit. Die Loya Jirga wird die Mitglieder des Obersten Gerichts, der Zentralbank und einer Menschenrechts- und Justizkommission wählen, ebenso eine Übergangsregierung und eine Übergangsverwaltung. Diese wird dann für 18 Monate im Amt sein, bevor allgemeine Wahlen stattfinden. Sobald die Loya Jirga, die spätestens am 22. Juni vom früheren König Zahir Shah eröffnet werden soll, eine Übergangsregierung gebildet hat, stellt die momentane Interimsautorität ihre Arbeit ein.

Eine zusätzliche konstitutionelle Loya Jirga soll innerhalb von 18 Monaten nach der Einsetzung der Übergangsregierung gebildet werden. Zusammen mit einer Verfassungskommission soll die konstitutionelle Loya Jirga eine neue Verfassung für Afghanistan ausarbeiten.

In Bonn wurden auch allgemeine Grundsätze festgehalten. So sollen die Menschenrechte und Regeln des humanitären Rechts eingehalten werden. Die Regierungen und die Loya Jirga sollen zudem im Kampf gegen Terrorismus, Drogenhandel und organisiertem Verbrechen mit der internationalen Gemeinschaft kooperieren. Die Interimsautorität und die Kommission zur Bildung einer Loya Jirga verpflichten sich, die Partizipation von Frauen und die repräsentative Vertretung aller ethnischen und religiösen Gemeinschaften in der Interimsverwaltung und der Loya Jirga zu garantieren.

Ein weiterer wichtiger Beschluss betrifft die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft bei der Bildung und Ausbildung von afghanischen Sicherheitskräften. Da dafür eine gewisse Zeit benötigt wird, soll in der Zwischenzeit eine Internationale Sicherheitsschutztruppe (ISAF) in Kabul und Umgebung die Sicherheit gewährleisten. Alle Mudschaheddin und andere bewaffnete Gruppen sollen während dieser Zeit unter der Befehlsgewalt und der Kontrolle der Interimsautorität stehen und bei der Bildung der neuen Sicherheits- und Militärorgane berücksichtigt werden. Das Mandat der ISAF wurde auf sechs Monate begrenzt.

2.3 Aktuelle Situation

2.3.1 Machtverhältnisse

Die Ereignisse seit dem Fall der Taliban zeigen, dass die Befürchtungen der internationalen Gemeinschaft und der afghanischen Bevölkerung berechtigt waren. Trotz der im Bonner Abkommen festgeschriebenen Zielsetzung, eine starke Zentralregierung aufzubauen, etablierten sich in Afghanistan wieder die Strukturen der Bürgerkriegszeit. Die verschiedenen Provinzen werden von Kriegsherren und regionalen Befehlshabern regiert, die sich ihre Macht durch eigene Truppenverbände absichern. Diese Lokalfürsten haben sich bisher geweigert, ihre Macht abzugeben und ihre Truppen entwaffnen zu lassen. Die Fraktionierung der Macht in Afghanistan hat im wesentlichen zu sechs Herrschaftsbereichen geführt: der Süden des Landes unter Gul Agha, der Westen unter Ismail Khan, Zentralafghanistan unter Karim Khalili, der Norden teilweise unter General Dostum sowie unter den ehemaligen Gefolgsleuten des ermordeten Ahmad Shah Masud, hauptsächlich General Fahim.

Die meisten dieser Namen sind schon von früher bekannt. Es handelt sich dabei um Kommandanten, die bereits den Bürgerkrieg von 1992-1996 geprägt haben und dafür verantwortlich sind, dass Kabul innert kürzester Zeit in Schutt und Asche gelegt wurde. Die Verantwortlichen für vielfältige Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit debattierten in Bonn über den Wiederaufbau des Landes und übernahmen Ministerposten und Regierungsämter. General Dostum, amtierender Vize-Verteidigungsminister, und seine Verbündeten Raouf Bigi, General Rozi sowie General Fawzi sind verantwortlich für verschiedene Massaker und Plünderungen. Mulla Taj Mohamad, der amtierende Gouverneur von Kabul, ist berüchtigt für Massaker an der ethnischen Minderheit der Hazara und an der Zerstörung von West-Kabul während des Bürgerkrieges. Auch Gul Agha, der Gouverneur der südlichen Provinzen, ist als Kommandant der Sayaf-Partei verantwortlich für Übergriffe auf Hazara. Karim Khalili, dem früheren Anführer der schiitischen Partei "Wahdat", ist heute das Gebiet Zentralafghanistans "Hazarajat" unterstellt. Die Partei von Ahmad Shah Masud (Schura-ye Nezar) stellt gleich drei Minister: General Fahim als Verteidigungsminister, Abdullah Abdullah als Aussenminister und Yonus Qhanooni als Innenminister. Alle drei waren führende Köpfe von Masuds Front. Von General Fahim wird berichtet, dass er irreguläre Truppen geführt habe, die Anfang der 90er Jahre Kabul in einen Alptraum verwandelten. Plünderungen, Lynchjustiz, Geiselnahme und Erpressung werden ihm zugeschrieben. Auch während der Belagerung durch die Taliban in den letzten Jahren soll er mit Verwandten Masuds den Schmuggel von Heroin und Opium kontrolliert haben.² Die Kommandanten der Bürgerkriegszeit, welche Machtpositionen in der neuen Führung erlangt haben, verbreiten einerseits Angst vor neuen Greueln. Andererseits verhindern sie aber auch die Aufarbeitung und Bestrafung von vergangenen Verbrechen, an denen sie selbst beteiligt waren.

Dass die Schlüsselstellen der Regierung in Kabul (Aussenministerium, Innenministerium, Verteidigungsministerium) allesamt von Tadschiken besetzt sind, ist für die Akzeptanz der Interimsautorität nicht gerade förderlich. Die zahlenmässig grösste Volksgruppe, die Paschtunen, sind an der Macht nicht wirklich beteiligt. Dass es sich beim Regierungschef Hamid Karzai um einen Paschtunen handelt, wird von der Bevölkerung als Kosmetik angesehen, weil Karzai isoliert ist und kaum Einflussmöglichkeiten hat.

2.3.2 Sicherheitslage

Interne Auseinandersetzungen

Die Aufsplitterung des Landes in mehrere Herrschaftsgebiete führte zu einer desolaten Sicherheitslage, welche an die Zeit zwischen 1992 und 1994 erinnert. In Kabul herrscht mit Hilfe des Einsatzes der ISAF-Truppen eine halbwegs sichere Lage. In den restlichen Landesteilen jedoch ist die Situation unbefriedigender. Dort haben lokale Kriegsherren die Kontrolle über ihre Gebiete übernommen und üben ihre Macht, wenn nötig, mit Waffengewalt aus. Die Bevölkerung in diesen Regionen ist den Übergriffen der Milizen schutzlos ausgeliefert. Daneben treiben auch immer mehr Banditen ihr Unwesen. Es werden Strassensperren errichtet, Passanten ausgeraubt und Häuser und Dörfer geplündert. Die verschiedenen Fraktionen der ehemaligen Anti-Taliban-Koalition (Nordallianz) bekämpfen sich auch gegenseitig. Ende Januar 2002 kam es zu Kämpfen zwischen den rivalisierenden paschtunischen Kriegsherren Padsha Khan und Saifullah. Khan war vom Regierungschef Hamid Karzai zum Gouverneur der Provinz Paktia ernannt worden. Saifullah hatte jedoch gleich nach dem Rückzug der Taliban die Kontrolle über die Stadt Gardez übernommen und widersetzte sich dem Einzug des neuen Gouverneurs. Bei diesen Gefechten wurden nach Angaben der afghanischen Nachrichtenagentur AIP mehr als 50 Kämpfer getötet.³ Im Norden des Landes lieferten sich wiederholt Truppen des

Usbeken-Generals Dostum Gefechte mit Kämpfern des tadschikischen Kommandeurs Atta Mohammed.⁴

Aber auch in Kabul kam es zu gewaltsamen Vorfällen. Am 14. Februar 2002 wurde der afghanische Transportminister Abdul Rahman auf dem Flughafen Kabul ermordet. Nach ersten offiziellen Meldungen waren die Täter aufgebrachte muslimische Pilger – Hamid Karzai beschuldigte aber schon sehr bald Mitglieder seines eigenen Kabinetts, diese Verschwörung angezettelt zu haben.⁵ Mehrmals schon haben bewaffnete Männer auf ISAF-Soldaten geschossen.⁶ Ein weiteres Indiz für die andauernde Unsicherheit der Zivilbevölkerung ist, dass die Mehrheit der Frauen ihre burqha (den Ganzkörperschleier) nicht abgelegt hat. Sie haben u.a. Angst vor Taliban-Kämpfern, die nach der Einnahme Kabuls vermutlich in der Hauptstadt untergetaucht sind.

Wie in Bonn beabsichtigt, sollten sich die verschiedenen bewaffneten Gruppierungen des Landes unter die Schirmherrschaft des Verteidigungsministeriums begeben. Ende Januar 2002 wurde mit ersten Registrierungen und Einsammlungen von Waffen begonnen. Nach zwei Jahrzehnten im Konflikt stemmen sich aber viele Kriegsherren und Stammesfürsten dagegen, ihre Waffen abzugeben. Ein weiteres Argument für das Scheitern des Entwaffnungsprozesses ist wirtschaftlicher Natur. Die Mehrheit der Kämpfer, die sich diesen Truppen angeschlossen haben, versucht damit, den Lebensunterhalt ihrer Familien zu sichern. Momentan fehlen in Afghanistan alternative Erwerbsmöglichkeiten.

Kampfhandlungen der USA und ihrer Verbündeten

Eine Gefahr für die Zivilbevölkerung geht auch von den bis heute andauernden Kämpfen zwischen den verbliebenen Taliban/Al-Kaida-Kämpfern und dem Verbund der US-Truppen/Nordallianz aus. Die amerikanischen Luftangriffe führten zu einer Vielzahl von zivilen Opfern. Es wurden Ziele bombardiert, die sich nicht in der Nähe militärischer Objekte befanden. Zudem wurden auch versehentlich zivile Objekte getroffen.⁷ Mehrmals wurden Gebäude und Lager des IKRK getroffen, obwohl das IKRK die Standorte ihrer Gebäude bekannt gegeben hatte. So wurden am 9. Oktober 2001 vier Sicherheitsmänner getötet, als US-Bomben in ein Büro für die Räumung von Minen einschlugen. Am 16. und 26. Oktober 2001 wurde zweimal dasselbe Lager getroffen, wobei Nahrungsmittel und andere Hilfsgüter für 55'000 Menschen zerstört wurden.⁸ Weitere zivile Opfer forderte ein Angriff der amerikanischen Armee am 6. März 2002. In der Nähe von Shikin (im Osten des Landes) sind beim Beschuss eines Fahrzeuges 14 Menschen ums Leben gekommen, darunter Frauen und Kinder. Die USA haben diese Angaben bestätigt.⁹

Heftig kritisiert wurde der Einsatz von sogenannten Cluster-Bomben bei den US-Bombardierungen. Bei deren Explosion werden 202 kleinere Bomben freigesetzt, die sich weit streuen. Das Problem liegt darin, dass ein Anteil von sieben Prozent dieser kleinen Sprengkörper nicht sofort explodieren. Sie bleiben am Boden liegen und können jederzeit bei der leichtesten Störung oder Berührung detonieren. Sie wirken somit wie Landminen und stellen für die Zivilbevölkerung eine grosse Gefahr dar. Zusätzliche Entrüstung rief hervor, dass die von den USA zur selben Zeit abgeworfenen Nahrungsmittelpakete dieselbe Farbe aufwiesen wie die nicht-explodierten Sprengkörper und daraufhin von der Bevölkerung verwechselt wurden. Die Farbe der Lebensmittelpakete wurde mittlerweile geändert.¹⁰ Das UNO-Programm zur Entfernung der Minen in Afghanistan (MAPA) rechnet damit, dass eine Fläche von ungefähr 500 km² von diesen nicht-explodierten Cluster-Bomben betroffen ist. Bereits vor den US-Militärangriffen gehörte Afghanistan zu den am stärksten verminten Ländern, mit einer betroffenen Fläche

von schätzungsweise 784 km². Angeblich gibt es monatlich zwischen 150 und 300 Opfer, die durch Minen verletzt oder getötet werden. Spezialisten rechnen damit, für die Räumung der Region mindestens sieben Jahre zu benötigen. Erschwert werden die Räumungsaktionen durch untergetauchte Taliban- und Al-Kaida-Kämpfer. In bereits geräumten Abschnitten der neuen Verbindungsstrasse zwischen Bagram und Kabul sind wenige Tage nach der Räumung wieder neue Minen gelegt worden. Ein Lastwagen des UNO-Kinderhilfswerks UNICEF wurde dadurch schwer beschädigt und der Verkehr daraufhin eingestellt.¹¹

Eine weitere Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung und die Umwelt könnte durch die Kontaminierung durch abgereichertes Uran entstehen. Der britische Psychologe Dai Williams veröffentlichte im Januar 2002 die Ergebnisse seiner Forschungsarbeit über den Einsatz von neuartigen Waffen im Afghanistankrieg durch die USA. Diese Munition, welche mit einem Mantel aus abgereichertem Uran umgeben ist, kann in wenigen Sekunden dutzende Meter aus Beton oder Felsgestein durchdringen. Bei der Explosion des Geschosses wird feines Uranoxidpulver freigesetzt. Diese Staubpartikel werden über die Lunge in den menschlichen Organismus aufgenommen. Menschen, welche sich in verseuchten Gebieten aufhalten, setzen sich deshalb der Gefahr einer radioaktiven Verstrahlung aus. Bereits im Oktober 2001 beschuldigten afghanische Ärzte die westliche Koalition, chemische Kampfstoffe einzusetzen, nachdem mehrere Menschen nach kurzer Krankheit, offenbar an inneren Funktionsstörungen, gestorben waren. Die Symptome – Blutungen, Atemnot, Erbrechen – könnten auch von radioaktiver Strahlung herrühren.¹²

2.3.3 Übergriffe auf die paschtunische Bevölkerung

Bereits kurz nach dem Fall der Taliban berichtete die afghanische Frauenwiderstandsgruppe RAWA von Übergriffen auf die paschtunische Bevölkerung im Norden Afghanistans.¹³ Diese Berichte wurden durch eine Untersuchung von Human Rights Watch bestätigt. Eine Aufklärungsmission besuchte im Februar und März 2002 mehrere Dutzend Dörfer und Gemeinden in Nordafghanistan. Sie registrierte mehr als 150 verschiedene Übergriffe in Form von Mord, körperlicher Gewalt, Vergewaltigung und Plünderung in den letzten drei Monaten. Einige paschtunische Dörfer fanden sie geplündert und ausgeraubt vor. Die Paschtunen sind zwar zahlenmässig die grösste Bevölkerungsgruppe Afghanistans, im Norden des Landes sind sie jedoch eine Minderheit. Diese aufflammenden Gewalttätigkeiten sind als Vergeltungsakte zu sehen, da die Taliban mehrheitlich paschtunischer Herkunft sind. Die Täter waren in diesen Fällen Soldaten der Hazara-Gruppierung Hizb-i-Wahdat und sonstige bewaffnete Hazara, sowie Angehörige der usbekischen Gruppierung Junbish-i-Milli-yi Islami.¹⁴

3 Die humanitäre Situation

3.1 Ausgangslage

Mehr als 20 Jahre Krieg haben das Land und seine Infrastruktur stark geschädigt. Wälder wurden zerstört, ehemaliges Ackerland liegt brach, weil Landminen dessen Bewirtschaftung zu gefährlich machen. Dazu kommt eine mittlerweile dreijährige Dürreperiode, die sich neben den Kriegen zum sozioökonomischen Hauptproblem des Landes entwickelt hat. Die Ernte des Jahres 2001 belief sich auf die Hälfte des üblichen Ertrags. Experten befürchten, dass sich die

Dürre in diesem Jahr weiter fortsetzt. Ungefähr 85 Prozent der Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft und hat somit ihre Existenzgrundlage verloren.

Die Bevölkerung befand sich bereits vor den US-Bombardierungen in einer kritischen Situation. Die grossflächigen Bombardierungen verschärften die bereits bestehende humanitäre Krise jedoch noch zusätzlich. Viele internationale Hilfsorganisationen zogen sich aus Sicherheitsgründen aus Afghanistan zurück, und die Bevölkerung musste mehrere Monate ohne die überlebensnotwendige Hilfe auskommen. Die Gesellschaft für bedrohte Völker startete deshalb im November 2001 eine Spendenaktion für die Kriegsoffer und konnte damit Unterstützung in Form von Nahrungsmittelhilfe leisten. Auch die internationalen Hilfsorganisationen nahmen schrittweise ihre Arbeit in Afghanistan wieder auf.

Zu einer weiteren Verschlimmerung der humanitären Situation kam es am 25. März 2002, als eine Serie von Erdbeben den Norden Afghanistans erschütterte. Das stärkste Beben erreichte den Wert 6.0 auf der Richterskala. Das Epizentrum lag im Südosten des Distrikts Nahrin in der Provinz Baghlan. Es wird geschätzt, dass zwischen 15'000 und 20'000 Familien von dem schweren Unglück betroffen sind und wahrscheinlich auf Unterstützung angewiesen sein werden. Die Anzahl der Todesopfer konnte noch nicht definitiv festgestellt werden. Erste Schätzungen gehen von mehreren Tausenden aus.

3.2 Nahrungsmittelversorgung

Viele Menschen waren während der US-Bombardierungen gezwungen, ihre Dörfer zu verlassen, weil sie nichts mehr zu essen hatten. In einer Untersuchung von Médecins Sans Frontières (MSF) in der Provinz Faryab wurde festgestellt, dass zwei Drittel der Familien ihr eigenes Hab und Gut verkauft haben, um zu überleben.¹⁵ Es gibt auch mehrere (von internationalen Organisationen unbestätigte) Berichte von Mädchen, die für einen 100kg Sack Mehl verkauft wurden.¹⁶ Als Folge der Kriege und der Dürre sind mittlerweile fast zwei Drittel der Bevölkerung auf internationale Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Seit der Wiederaufnahme der Unterstützung der internationalen Hilfswerke wurden grosse Mengen an Nahrungsmitteln und anderen Hilfsgütern nach Afghanistan eingeführt und verteilt. Viele abgelegene Regionen und ländliche Gebiete konnten jedoch noch nicht versorgt werden.

3.3 Gesundheitswesen

Die durchschnittliche Lebenserwartung in Afghanistan beträgt ungefähr 40 Jahre, wobei die Hälfte aller Todesfälle auf vermeidbare Krankheiten wie Durchfall, Infektionen und Lungenentzündungen zurückzuführen sind. Die Weltgesundheitsorganisation WHO berichtet, dass viele durch mangelhafte Ernährung und speziell Vitaminmangel ausgelöste Krankheiten auftreten.¹⁷ Eine Studie des UNO-Kinderhilfswerks UNICEF im Westen des Landes stellte bei fast 12,5 Prozent der Kinder unter fünf Jahren Unterernährung fest.¹⁸ Weitere Krankheitsursachen sind unsauberes Trinkwasser und die Kälte.

Sehr häufig sind Komplikationen in der Schwangerschaft und bei der Geburt, woran täglich fast 45 Frauen sterben. Mit 1700 Sterbefällen auf 100'000 Lebendgeburten rangiert Afghanistan an zweiter Stelle der weltweiten Müttersterblichkeit.¹⁹ Auch die Kindersterblichkeitsrate ist mit 25 Prozent sehr hoch.

Gemäss WHO sind momentan mindestens 70 Prozent der Bevölkerung auf medizinische Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angewiesen.²⁰ Das afghanische Gesundheitssystem wurde, wie die gesamte Infrastruktur des Landes, durch die Kriege stark beeinträchtigt. Es fehlt an notwendigen Einrichtungen und an Arzneimitteln; in afghanischen Anlaufstellen ist die Verteilung von wirkungslosen Medikamenten und solchen geringer Qualität weitverbreitet.²¹ Obwohl die medizinische Versorgung mittlerweile ausgebaut werden konnte, haben sechs Millionen Menschen keinen oder nur erschwerten Zugang zu medizinischer Hilfe.²²

3.4 Behinderung der humanitären Hilfe

Viele abgelegene Dörfer und Regionen konnten bisher weder mit Nahrungsmitteln noch mit medizinischer Hilfe versorgt werden. Schwierigkeiten bereitet zum einen der Winter, der den Transport vor allem in den Bergregionen erschwert und die schlechte Sicherheitslage. Das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR berichtet, dass vor allem gewisse ländliche Regionen noch praktisch völlig von der internationalen Hilfe abgeschnitten sind.²³ Zu den östlichen Regionen Paktia, Khost und Paktika sowie verschiedenen Provinzen im Norden des Landes ist der Zugang für die humanitären Organisationen zu gefährlich.²⁴

Im Yumgan-Tal in der Provinz Badakhshan sind Anfang März 2002 60 Kinder an Grippe verstorben. Die Bemühungen der WHO-Mitarbeiter, rechtzeitig dorthin zu reisen und Hilfe zu leisten, wurden durch Kämpfe in der Region verhindert.²⁵

Es gab verschiedene Vorfälle, bei denen Hilfskonvois angehalten und überfallen wurden. So geschehen zweimal Ende Januar 2002 auf dem Weg nach Bamyán im zentralen Hochland.²⁶ Das Welternährungsprogramm WFP berichtet von Angriffen im Norden der Provinz Faryab, wobei Nahrungsmittel, welche für die dürregeplagte, hauptsächlich paschtunische Bevölkerung bestimmt gewesen waren, von bewaffneten Usbeken gestohlen wurden. Zudem wurden dabei die Mitarbeiter der Hilfsorganisation geschlagen und die Fahrzeuge zerstört. Bei einem weiteren Vorfall, der in der nördlichen Samangan-Provinz geschah, wurde Weizen gestohlen. Der letzte Vorfall ereignete sich am 28. Februar 2002, als Mitarbeiter des Mercy Corps International ausgeraubt wurden.²⁷

Viele Menschen sind aufgrund der Kriegsjahre, der bereits dreijährigen Dürreperiode und der US-Bombardierungen völlig auf internationale Hilfe angewiesen. Die humanitäre Situation, vor allem in abgelegenen, ländlichen Gebieten, ist prekär, und Hilfsorganisationen (UNICEF, UNHCR, MSF, Cap Anamur) schlagen Alarm. Sie fordern ausdrücklich eine Ausweitung der Internationalen Sicherheitsschutztruppen ISAF auf Regionen ausserhalb Kabuls. Die Menschen bräuchten jetzt schnelle Hilfe und könnten nicht warten, bis Afghanistan seine eigenen Sicherheitskräfte aufgebaut habe. Der afghanische Interimspräsident Hamid Karzai forderte wiederholt eine regionale und zeitliche Ausdehnung des Mandats der ISAF.²⁸ Bisher scheint diese Forderung vor allem am Widerstand der USA zu scheitern, welche der Ansicht sind, die Ressourcen, die für eine vergrösserte Truppenstationierung aufgewendet werden müssten, würden besser in den Aufbau und die Ausbildung eigener afghanischer Sicherheitskräfte investiert.

3.5 Flüchtlinge

Das afghanische Volk ist eine der grössten Flüchtlingspopulationen der Welt. Mehr als vier Millionen Afghanen befinden sich in den benachbarten Ländern Iran und Pakistan, eine weitere Million ist im Inneren des Landes vertrieben worden.

Als Folge der schlechten Sicherheitslage und der damit einhergehenden erschwerten Hilfsgüterverteilung nahm die Zahl der Flüchtlinge kurzfristig wieder zu. So berichtete das UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR im Februar 2002 von einer sprunghaften Zunahme der Flüchtlinge in Chaman, an der afghanisch-pakistanischen Grenze, von 5'000 auf 20'000 innerhalb von nur zehn Tagen. Seit Beginn des Jahres 2002 sind insgesamt 50'000 Flüchtlinge nach Pakistan gekommen. Die Mehrheit der Flüchtlinge waren Kuchi-Nomaden, die ihre Tiere durch die Dürre verloren und keine andere Überlebensebene mehr hatten. Unter den Neuankömmlingen befanden sich auch Paschtunen, welche aufgrund der ethnisch motivierten Übergriffe aus ihren Dörfern im Norden Afghanistans fliehen mussten.²⁹

Mit dem Fall der Taliban begannen sofortige Rückkehrbewegungen, trotz der unsicheren Lage. Seit dem 1. März 2002 läuft nun die offizielle Rückkehrhilfe des UNHCR. Es wird den Flüchtlingen, die bereits zurückkehren möchten, jedoch angeraten, die Provinzen Paktia, Khost, Paktika, Zabul, der südliche Teil von Uruzgan, Nimroz, Helmand, Farah, Tora Bora und Sholgara zu meiden, da die Sicherheitslage dort besonders prekär ist.³⁰

4 Wiederaufbaubemühungen

4.1 Ausgangslage

Die Regierung Hamid Karzais stand bei der Übernahme ihrer Geschäfte vor der schwierigen Situation, weder Reserven zu besitzen noch Einnahmen zu haben. Die Taliban haben nicht nur die Zentralbank geplündert, sondern auch monatelang keine Löhne mehr an die Staatsangestellten ausbezahlt. In Afghanistan sind derzeit nicht einmal die elementarsten finanziellen und infrastrukturellen Voraussetzungen vorhanden, und es fehlt praktisch das gesamte Fundament eines geordneten Staatswesens.

4.2 Internationale Wiederaufbaukonferenz in Tokio

Am 21./22. Januar 2002 fand in Tokio eine internationale Konferenz über die Wiederaufbauhilfe in Afghanistan statt. Die Liste der Projekte, die Regierungschef Karzai den westlichen Staaten unterbreitete, war lang. Zudem drängte die Zeit, da der Regierung jegliche flüssige Mittel fehlten, um mit ihrer Arbeit beginnen zu können. Insgesamt wurden Afghanistan 4,5 Milliarden Dollar zugesichert. 40 Prozent dieser Mittel sollen noch in diesem Jahr eingesetzt werden. Ein Teil der zugesicherten Mittel wird in gemeinsame Fonds, den Afghan Interim Administration Fund des UNO-Entwicklungsprogramms UNDP und dem von der Asiatischen Entwicklungsbank geführten Wiederaufbau-Treuhandfonds, fliessen. Dies sind Gelder, die nötig sind, um der afghanischen Interimsadministration überhaupt die Arbeitsaufnahme zu ermöglichen. Der grösste Teil der insgesamt 4,5 Milliarden Dollar wird für bilaterale Hilfsprogramme verwendet. Der Beitrag der Schweiz beläuft sich auf rund ein halbes Prozent der gesamten Zusagen. Für das laufende Jahr will die Schweiz 20 Mio. Franken zur Verfügung stellen.³¹

4.3 Aktuelle Situation

Trotz diesem bezeugten Unterstützungswillen läuft die Aufbauhilfe nur schleppend an. Laut Dr. Sima Samar, der Ministerin für Frauenfragen, Gesundheit und Bildung, ist der Mangel an Res-

sources das grösste Problem. Sie kritisiert, dass zwar grosse Versprechungen gemacht worden sind, aber wenig effektive Hilfe geleistet werde. Auch die Hilfsorganisation Médecins Sans Frontières (MSF) äussert Frustration über die internationale Gemeinschaft. Von den vielen Willensbezeugungen von Staatsmännern, Geldgeberstaaten und Internationalen Organisationen profitieren viele Menschen, gerade in abgelegenen Regionen, kaum.³² Ahmed Rashid, ein Schriftsteller und Analytiker, sieht das Problem vor allem in der vornehmlich bilateralen Hilfe. Er befürchtet, dass wenig attraktive Bereiche wie z.B. Lohnzahlungen, Aufbau und Ausbildung des neuen Militärs nicht genügend Unterstützung erhalten könnten. Die Prioritäten der Geldgeber lägen mehr auf der Förderung von Frauen, der Bekämpfung von Drogenhandel, Waffenhandel und Kriminalität.³³

Ein weiteres Hindernis für den Wiederaufbau ist der Mangel an qualifizierten Kräften in praktisch allen Arbeitsbereichen und in der Politik. Viele der gut ausgebildeten Afghanen flohen während des Krieges ins Ausland und stehen für den Wiederaufbau (noch) nicht zur Verfügung. Afghanistan liegt momentan im Bereich der Bildung weit hinter anderen Ländern und Regionen zurück. Fast 65 Prozent der erwachsenen Bevölkerung sind Analphabeten und im Jahr 1999 waren weniger als ein Drittel der Kinder in Schulen angemeldet. Die Herrschaft der Taliban hatte die Situation noch verschlimmert. Mädchen war der Besuch weiterführender Schulen untersagt. Die Ausbildung der männlichen Schüler und Studenten orientierte sich zunehmend an religiösen Inhalten. Viele Schulen in Kabul wurden sofort nach dem Fall der Taliban wieder geöffnet. Auch in ländlichen Gebieten wurden mit der Unterstützung von internationalen Hilfsorganisationen (z.B. UNICEF) provisorische Schulen errichtet und Unterrichtsmaterial verteilt. Mit dem Beginn des neuen Schuljahres am 23. März 2002 konnten 1,5 Millionen Kinder (rund ein Drittel der schulpflichtigen Kinder) eingeschult werden.³⁴ Viele Mädchen und Frauen konnten während mehreren Jahren keine Schule besuchen. Für sie sind spezielle Kurse geplant, die es ihnen ermöglichen, sich spezifische, für eine Arbeitstätigkeit notwendige Kenntnisse in kurzer Zeit anzueignen. Die Universität hat ebenfalls ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Auch hier ist eine hohe Anzahl Frauen zu verzeichnen.

Trotz dieser erfreulichen Errungenschaften innerhalb kürzester Zeit können nicht alle Menschen von diesen Bildungsangeboten profitieren. Viele Menschen, darunter Witwen und alleinerziehende Mütter, müssen sich nach wie vor mit grösster Mühe ihren Lebensunterhalt verdienen und für ihre Familien aufkommen. Diese Frauen können es sich nicht leisten, fehlende Bildung nachzuholen. Auf dem Land konzentrieren sich die Anstrengungen der Menschen noch weit mehr um das nackte Überleben, weshalb der Schulbesuch der Kinder nicht erste Priorität besitzt.

5 Zusammenfassung

Die Situation in Afghanistan hat sich bisher noch nicht stabilisieren können. Die grössten Probleme liegen in der aktuellen Machtverteilung und in der schlechten Sicherheitslage.

Die im Dezember 2001 eingesetzte Interimsregierung hat nur beschränkte Einflussmöglichkeiten. Einerseits liegt dies daran, dass sie aufgrund der (noch) fehlenden finanziellen Mittel keinen Handlungsspielraum besitzt. Andererseits mangelt es ihr aber auch an der nötigen Akzeptanz in den Landesteilen ausserhalb Kabuls. Die Macht liegt dort in den Händen von

verschiedenen Kriegsherren, die ihre Position, wenn nötig auch mit Waffengewalt verteidigen. Zudem sind nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichberechtigt in der Interimsverwaltung vertreten, was zu Spannungen führt. So sind die Schlüsselpositionen Innen-, Aussen- und Verteidigungsministerium von Personen tadschikischer Abstammung besetzt, währenddem die zahlenmässig grösste Ethnie, die Paschtunen, mit Regierungschef Hamid Karzai lediglich durch ein Mitglied des Kabinetts repräsentiert werden. Problematisch an der aktuellen Machtverteilung ist ausserdem, dass viele der in Regierung und Verwaltung eingesetzten Personen in der Vergangenheit schwere Menschenrechtsverletzungen begangen haben. Es bestehen Zweifel, ob die ehemaligen Kriegsherren fähig und willens sind, einen neuen Staatsapparat aufzubauen und demokratische Strukturen einzuführen. Es fehlt auch am nötigen Vertrauen der Bevölkerung in die jetzigen Politiker, die sie teilweise als Verbrecher kennengelernt hat. Solange diese Personen Machtstellungen innehaben, werden sie die Aufarbeitung und Bestrafung von vergangenen Verbrechen, an denen sie selbst beteiligt waren, zu verhindern versuchen.

Die Zersplitterung des Landes in verschiedene Hoheitsgebiete führt auch zu einer schlechten Sicherheitslage. Es ist ein Rückschritt in die Gesetzlosigkeit der Jahre 1992-1994 festzustellen, mit Banditentum, Strassenraub, bewaffneten Überfällen, Plünderungen und Erpressungen. Speziell zu erwähnen sind hier ethnisch motivierte Übergriffe auf die paschtunische Minderheit im Norden des Landes. An der Zivilbevölkerung wird Vergeltung geübt für die Vergehen der Taliban, die mehrheitlich paschtunischer Abstammung sind. Zur unsicheren Lage tragen auch die bis heute andauernden Kämpfe zwischen US/Nordallianz-Truppen und Al-Kaida/Taliban-Kämpfern bei. Es herrscht nach wie vor Kriegszustand, und es gibt immer wieder zivile Opfer. Gefährdet wird die Bevölkerung zudem durch eine grosse Anzahl nicht-explodierter Bomben, zusätzlich zu den bereits früher gelegten Landminen. Neuerdings gibt es Vermutungen, dass die USA Bomben mit abgereichertem Uran eingesetzt hätten, welches ein gesundheitliches Risiko für die Zivilbevölkerung darstellen und eine Verseuchung der Umwelt verursachen könnte.

Nach über 20 Jahren Krieg befindet sich die Bevölkerung in alarmierender Armut und ist wegen Dürre, verminten unbrauchbaren Feldern und zerstörter Infrastruktur zum grössten Teil auf ausländische Hilfe angewiesen. Die Not der Bevölkerung wurde zusätzlich durch die Erdbeben vom 25. März 2002 verschärft, welche 15'000 bis 20'000 Familien traf und schätzungsweise mehrere Tausend Todesopfer forderte. Die schlechte Sicherheitslage verhindert die rasche und effiziente Verteilung von Hilfsgütern und die medizinische Versorgung. Einige Regionen sind für humanitäre Organisationen nicht erreichbar, da die Lage zu gefährlich ist.

Obwohl einige Flüchtlinge bereits kurz nach dem Fall der Taliban nach Hause zurückgekehrt sind, kam es in diesem Jahr zu erneuten Flüchtlingsbewegungen an der Grenze zu Pakistan. Auslöser für die Flucht waren die schlechte humanitäre Versorgung und die ethnisch motivierten Übergriffe auf Paschtunen. Das offizielle Rückführungsprogramm des UNHCR begann Anfang März 2002. Die Sicherheitslage ist in verschiedenen Provinzen jedoch so schlecht, dass den Flüchtlingen abgeraten wird, dorthin zurückzukehren.

Die Unterstützung der internationalen Sicherheitsschutztruppen ISAF ist momentan auf die Stadt Kabul und ihre Umgebung begrenzt und nur für die Dauer von sechs Monaten vorgesehen. Von verschiedenen Seiten (UNO-Generalsekretär Kofi Annan, UNO- und andere Hilfsorganisationen, Afghanistanexperten und auch die afghanische Interimsregierung) wird angesichts der schlechten Sicherheitslage eine zeitliche und örtliche Ausweitung des Mandates gefordert. Diesem Wunsch widersetzt sich vor allem die USA. Sie begründen den Entscheid damit,

dass die vorhandenen Ressourcen besser für den Aufbau eigener afghanischer Sicherheitskräfte eingesetzt würden.

6 Folgerungen

Kurzfristig: Eine Verbesserung der Sicherheitssituation als Voraussetzung für die Intensivierung der humanitären Hilfe

Die ungenügende Sicherheitslage ist eines der drängendsten Probleme, mit dem Afghanistan derzeit konfrontiert ist. Die Arbeit der humanitären Hilfsorganisationen wird dadurch ebenso behindert wie der Wiederaufbau. Das Mandat der Sicherheitsschutztruppen ISAF sollte deshalb verlängert und auf Gebiete ausserhalb von Kabul ausgeweitet werden. Die andauernden Kampfhandlungen müssen beendet und die lokalen Milizen entwaffnet oder in reguläre Sicherheitskräfte integriert werden.

Um weitere Opfer unter der Zivilbevölkerung zu verhindern und die Arbeit der Hilfsorganisationen zu erleichtern, muss die Räumung von Minen und nicht-explodierten Sprengkörpern vorangetrieben werden. Zudem muss rasch abgeklärt werden, ob für die Bevölkerung die Gefahr einer Verstrahlung durch eingesetzte Munition mit abgereichertem Uran besteht.

Angesichts der prekären humanitären Situation, welche durch die schweren Erdbeben im Norden des Landes noch verschärft wurde, muss die humanitäre Hilfe intensiviert werden.

Mittelfristig: Bestrafung der begangenen Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen sowie politische Stabilisierung als Vorbedingung für Wiederaufbauhilfe

Personen, die für begangene Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen verantwortlich sind, müssen vor einem Strafgerichtshof zur Rechenschaft gezogen werden und von politischen Ämtern ausgeschlossen werden.

Sowohl bei der Bildung der Loya Jirga wie der von dieser bestimmten Übergangsregierung ist der repräsentative Einbezug aller ethnischen und religiösen Gruppen sowie der Frauen zu berücksichtigen, wie dies in den Bonner Beschlüssen vorgesehen ist. Der angemessenen Berücksichtigung dieser Gruppen ist auch bei der Wiederaufbauhilfe Rechnung zu tragen.

Die Loya Jirga und die daraus hervorgehende Übergangsregierung sollen durch gezielte internationale Wiederaufbauhilfe, wie sie an der Wiederaufbaukonferenz in Tokio versprochen wurde, schnellstmöglich unterstützt werden.

Langfristig: Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates

Aufbauend auf der Arbeit der Loya Jirga und der Übergangsregierung soll die Etablierung eines Justizsystems erfolgen, welches internationale Menschenrechtsstandards erfüllt. Zudem sollen die Strukturen einer pluralistischen Demokratie geschaffen werden, die auf dem friedlichen Zusammenleben und der ausgewogenen Partizipation aller ethnischen und religiösen Gruppen sowie der Frauen beruht.

Anmerkungen

- 1 www.un.org/News/dh/latest/afghan/afghan-agree.htm
- 2 Pohly, M. & Durán, Kh., 2002. Nach den Taliban. Afghanistan zwischen internationalen Machtinteressen und dekomokratischer Erneuerung.
- 3 NZZ, 2.2.02
- 4 NZZ, 4.2.02
- 5 NZZ, 18.2.02
- 6 Agence France Presse, 21.2.02
- 7 Human Rights Watch, Februar 2002, Vol. 14, Nr. 2(G)
- 8 Human Rights Watch, World Report 2002
- 9 NZZ, 14.3.02
- 10 Human Rights Watch, 16. 11.01
- 11 NZZ 18.1.02
- 12 Le monde diplomatique (Deutschsprachige Ausgabe in der WoZ), 14.3.02
- 13 www.rawa.org
- 14 Human Rights Watch, 6.3.02
- 15 MSF, 21.2.02
- 16 www.rawa.org
- 17 WHO, 14.3.02
- 18 UNICEF, 5.2.02
- 19 WHO
- 20 WHO, 28.1.02
- 21 WHO, 28.1.02
- 22 WHO, 28.1.02
- 23 UNHCR, 19.2.02
- 24 OCHA, 5.2.02
- 25 WHO, 14.3.02
- 26 OCHA, 29.1.02
- 27 UNHCR, 5.3.02
- 28 OCHA, 5.2.02
- 29 UNHCR, 19.2.02
- 30 UNHCR, 5.3.02
- 31 NZZ, 22.1.02; 23.1.02
- 32 MSF, 21.2.02 (www.msf.org)
- 33 IRIN, 28.1.2002 (www.reliefweb.int)
- 34 NZZ am Sonntag, 24.3.02

IMPRESSUM

Afghanistan zwischen Zerstörung und Aufbruch ist erschienen als DOKUMENTATION DER GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER ++ Herausgeberin: Gesellschaft für bedrohte Völker ++ Text: Andrea Hoch, Mitarbeit: Karim Abawi, Redaktion: Hanspeter Bigler ++ Bern, April 2002, 16 Seiten, Fr. 10.– zzgl. Versandkosten ++ Bestellnummer 02-02-034 ++
Bestelladresse: Gesellschaft für bedrohte Völker, Waisenhausplatz 21, CH-3011 Bern, Tel.: 031 311 90 08, Fax: 031 312 66 62, E-Mail: info@gfbv.ch

EINE PUBLIKATION DER GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER * WEITERVERBREITUNG BEI NENNUNG DER QUELLE ERWÜNSCHT